



## Anteil der Studienanfänger aus Arbeiterfamilien wächst

# Das Studium wird sozial gerechter

In nur drei Jahren stieg der Anteil der Studienanfänger aus Arbeiterfamilien von 13 auf 17 Prozent (Wintersemester 2003/2004) und weist erstmals seit zwanzig Jahren den höchsten Wert auf – seitdem untersucht das Hochschul-Informations-System (HIS) die Studienanfänger. Während an den Universitäten nach wie vor die Kinder aus Akademikerfamilien dominieren – deren Anteil lag bei 52 Prozent – sind es an den Fachhochschulen 42 Prozent. Vor zwanzig Jahren waren es an den Universitäten erst 38 Prozent und an den Fachhochschulen 28 Prozent. Unverändert haben mehr Studienanfängerinnen als Studienanfänger einen akademischen Familienhintergrund (2004/05: 54 zu 52 Prozent). Im Vergleich zur Situation vor zwanzig Jahren ist diese Differenz deutlich gesunken (1985/86: 42 zu 25 Prozent).

## Dank BAföG mehr Arbeiterkinder an den Hochschulen

Erstmals seit Anfang der 1990er Jahre stagniert der Anteil aus der hohen sozialen Schicht (36 Prozent), während aus der gehobenen gut ein Viertel (28 Prozent) und aus der mittleren ein knappes Fünftel (19 Prozent) der Studienanfänger kamen. Aus der niedrigen sozialen Schicht stammte jede sechste Studienanfänger (17 Prozent) und erreichte damit fast den Wert von Anfang der 1990er Jahre (18 Prozent).

Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass seit dem Jahr 2000 einen deutlichen Anstieg von Studierenden gegeben hat, deren Vater einen akademischen Abschluss hatte (2000/01: 13 Prozent; 2003/04: 17 Prozent), während der Anteil von Beamten- und Selbstständigenkindern um drei bzw. zwei

Prozentpunkte gesunken war. Vor allen an den Universitäten stieg der Arbeiterkinderanteil um vier Prozentpunkte (15 Prozent). Ebenfalls positiv entwickelt hat sich der weibliche Anteil bei den Arbeiterkindern und ist nicht mehr unterproportional wie in den 1990er Jahren, sondern leicht überproportional gegenüber den männlichen Arbeiterkindern (2000/01: 13 zu 16 Prozent; 2003/04: 18 zu 16 Prozent).

Diese Ergebnisse hängen vor allem mit der rot-grünen BAföG-Reform 2001 zusammen, wo die Freibeträge (sowohl beim Elterneinkommen, als auch bei Vermögen und Einkommen der BAföG-Empfänger), aber auch die Bedarfssätze, erhöht wurden. Wichtig war auch die Einführung der Begrenzung der Darlehensschuld auf 10.000 Euro. So stieg der Anteil der BAföG-Geförderten von 23 auf 26 Prozent.

## Kreditfinanzierung des Studiums führt in die Sackgasse

Für die SPD ist diese aktuelle Studie ein guter Anlass, um erneut ihre BAföG-Reform anzupreisen und vor möglichen Plänen der CDU zu warnen: Im Frühjahr hatte die ins »Merkel-Kompetenzteam« berufene baden-württembergische Bildungsministerin Annette Schavan gefordert, das BAföG mittelfristig durch ein Voll Darlehen zu ersetzen. So verwundert es auch nicht, dass im Wahlprogramm der CDU das BAföG mit keinem Wort erwähnt wird.

Weil Studienfinanzierung und Studiengebühren nicht getrennt gesehen werden können, schaltete sich auch das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) in die Debatte ein: »Die Reform war ein Schritt in die richtige

Richtung, das ist nun erneut belegt. Wer Studiengebühren einführt oder das BAföG abschaffen will, verstärkt dagegen die soziale Schiefe. Wir fordern deswegen von allen Parteien vor der Bundestagswahl ein deutliches Bekenntnis zum Erhalt und Ausbau des BAföG sowie ein Nein zu Studiengebühren.«

Die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn verwies darauf, dass allein die Diskussion vor allem bei jungen Frauen dazu führe, dass sie sich gegen ein Studium entscheiden. Dies belegt ebenfalls eine HIS-Studie (Sommer 2005), wo als Hinderungsgründe für die Studienaufnahme, die bevorstehende Einführung von Studiengebühren (22 Prozent der Befragten), die fehlenden finanziellen Voraussetzungen (21 Prozent) oder drohende BAföG-Schulden (15 Prozent) genannt wurden.

## Wissenschaftsminister Stratmann schweigt zu konkreten Plänen

Es sei daran erinnert, dass Anfang der 1970er Jahre nach langen und heftigen gesellschaftlichen Diskussionen in Westdeutschland (»Bildungskatastrophe«) es Ziel der Politik war, die Hochschulen für junge Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten zu öffnen. Diese »soziale Öffnung« gelang anfänglich auch: Bis Anfang der 1980er Jahre verdoppelte sich der Anteil von Studierenden aus unteren Herkunftsguppen von 10 auf 23 Prozent. Doch die schlagartige Umstellung des BAföGs vom Zuschussprinzip auf Voll Darlehensbasis durch die 1983 neu ins Amt gekommene CDU-FDP-Regierung sorgten in Verbindung mit der radikalen Fast-Streichung des Schüler-BAföG für einen massiven Rückgang der Bildungsbeteiligung, vor allem aus den bildungsfernen Schichten (1982: 23 Prozent, 1997: 14 Prozent). Hinzu kam, dass 1995 der damalige Zukunftsminister Jürgen Rüttgers mit dem Plan einer Verzinsung des BAföG-Darlehensanteils für große öffentliche Aufregung sorgte. Doch die Regierung gab diese Pläne auf Grund der massiven Proteste aus Studierenden- und Gewerkschaftskreisen auf und führte statt dessen mit der 18. BAföG-Novelle (Herbst 1996) Leistungsbeschränkungen ein, die in den folgenden Jahren dafür sorgten, dass der Gefördertenanteil drastisch sank und 1998 seinen absoluten geschichtlichen Tiefstand mit nur noch 13 Prozent erreichte.

Obwohl der Wissenschaftsminister Lutz Stratmann immer wieder verkündet, dass in Niedersachsen ab 2006 »sozialverträgliche Studiengebühren« eingeführt werden, schweigt er konsequent zu konkreten Plänen. »Herr Stratmann hat sich weit aus dem Fenster gelehnt als er noch vor wenigen Monaten versprach, ohne ein umfangreiches Stipendiensystem werde es mit ihm keine Studiengebühren geben. Davon ist heute keine Rede mehr. Von dem versprochenen »sozialverträglichen« Modell fehlt jede Spur«, so Gabriela Andretta, wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen und verweist darauf, dass Stratmanns Baden-Württembergischer Amtskollege Frankenberg einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, in dem die Landesbank den Studierenden Kredite zur Verfügung stellt. SABINE KIEL